

Community Gardens: Neue Cannabis-Anbauvereine in Hamburg geplant

Fünf Vereinigungen in Hamburg stellen Anträge für Cannabis-Anbau nach neuer Gesetzgebung. Erfahre mehr über die Genehmigungsverfahren und Einschränkungen.

Neuigkeiten aus Hamburg & Schleswig-Holstein

Neue landwirtschaftliche Initiativen setzen auf Cannabis-Anbau

08.07.2024, 05:36 Uhr

Im Zeichen des Wandels: Landwirtschaftliche Genossenschaften in Hamburg und Schleswig-Holstein sehen im Cannabis-Anbau eine neue Chance und haben fünf Anträge gestellt.

In Hamburg haben fünf landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften Anträge auf die Zulassung für den Cannabis-Anbau eingereicht. Die Hoffnung auf eine Genehmigung ist groß, doch bisher wurde noch keine

Entscheidung getroffen, wie das Bezirksamt Altona mitteilte. Unter strengen Auflagen, die durch das neue Cannabis-Gesetz festgelegt sind, hoffen die Vereinigungen auf die Möglichkeit, Cannabis nur zum Eigenbedarf der Mitglieder anzubauen. Dabei müssen die Vereine oder Genossenschaften bestimmte Kriterien erfüllen. So dürfen nur Erwachsene, die seit mindestens sechs Monaten in Deutschland leben, Mitglied werden. Die ideale Ausrichtung der Vereine steht dabei im Vordergrund, denn Gewinne sollen nicht erzielt werden.

Anbau für alle: Ein Schritt in Richtung Vielfalt und Selbstversorgung

Seit dem 1. April ist der Privatbesitz von 25 Gramm Haschisch oder Marihuana für über 18-Jährige in Deutschland legal. Auch der Anbau von bis zu drei Pflanzen pro Erwachsenen ist erlaubt. Die neuen Anbauvereinigungen haben die Möglichkeit, pro Monat bis zu sieben Cannabis-Samen und fünf Stecklinge an Nicht-Mitglieder abzugeben. Dies ist ein Schritt in Richtung Vielfalt und Selbstversorgung, der für eine breitere Akzeptanz von alternativen landwirtschaftlichen Ansätzen stehen könnte.

Kritik an aktuellen Regulierungen

Andreas Gerhold, Gründer des Cannabis Social Clubs Hamburg, äußerte bereits auf einer Expertentagung an der Universität Hamburg Bedenken bezüglich der engen Grenzen des neuen Cannabis-Gesetzes. Er kritisierte insbesondere die Schwierigkeiten für Selbstversorger und Gelegenheitskonsumenten, sich an den Genossenschaften zu beteiligen. Die Finanzierung allein über Mitgliedsbeiträge und die strikten Regelungen bezüglich der Angestellten machen es für viele schwer, aktiv mitzuwirken. Die Diskussion über die Teilnahme von Ausländern an den Vereinigungen verdeutlicht zusätzlich, dass noch Klärungsbedarf besteht, um eine gerechte und inklusive Teilhabe zu gewährleisten.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de